



An den Grossen Rat

13.5220.02

BVD/P135220

Basel, 2. September 2015

Regierungsratsbeschluss vom 1. September 2015

Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend „Planungszone auf dem BASF-Areal“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 18. September 2013 den nachstehenden Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Im April hat die BASF bekannt gegeben ihren Standort Basel aufzugeben. Dies hat nicht nur einen sehr bedauerlichen Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge, sondern wirft unerwarteterweise auch Fragen zur künftigen Nutzung des heutigen Firmenareals und dessen Umgebung auf.

Das BASF-Areal umfasst 120'000 m² und liegt heute zusammen mit einem ähnlich grossen Areal, das den Firmen Novartis und Huntsman gehört in der Industrie- und Gewerbezone zwischen Hafenareal, bzw. Rhein und Horburgquartier. Dieses Gebiet unterliegt in den nächsten Jahren einem grossen Transformationsprozess. Der Regierungsrat hat zusammen mit den angrenzenden Städten Huningue und Weil am Rhein sowie der Communauté de Communes des Trois Frontières (CC3F) sowie dem Conseil Général Haut Rhin (CG68) vor kurzem die Vision 3Land präsentiert. Dieses langfristige Projekt plant die Entwicklung des gesamten Stadtteils.

Die Art der zukünftigen Nutzung des BASF-Areals spielt für die künftige Stadtentwicklung Klybeck/Hafen und Horburg eine grosse Rolle. Ob Gewerbe, öffentliche Nutzung, Wohnen, Kultur oder eine Kombination von verschiedenen Nutzungen sinnvoll sind, muss nun auch im Zusammenhang mit der Planung 3Land eingehend geprüft werden. Um dieses Potential in die aktuelle Gesamtplanung des Kantons miteinbeziehen zu können, bittet die Anzugstellerin den Regierungsrat über das BASF-Novartis-Areal zwischen Rhein, Dreirosenstrasse, Wiese und Wiesenstrasse eine Planungszone gem. Bau- und Planungsgesetz § 116f zu legen.

Mirjam Ballmer, Daniel Jansen, Oswald Inglin, Lukas Engelberger, Roland Lindner, René Brigger, Heidi Mück, Elisabeth Ackermann, Brigitta Gerber“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Der Regierungsrat teilt die Meinung der Antragstellerinnen und Antragsteller, dass der anstehende Transformationsprozess aufgrund der Aufhebung des Firmenareals von BASF von enormer Bedeutung ist für den Kanton und für das Quartier. Das Areal bietet grosses Potential für die weitere Stadtentwicklung. Der Kanton ist deshalb sowohl mit BASF als auch mit Novartis, die in direkter Nachbarschaft zu BASF ihre Klybeck Werkareale betreiben, bezüglich der Entwicklungsabsichten im Gespräch.

Die heutigen Areale von BASF und Novartis befinden sich alle in der Industriezone. Eine teilweise Transformation von der Industrie- zu einer anderen Zone kann nicht ohne Mitwirkung des Kantons geschehen. Das vorzeitige Legen einer Planungszone wäre höchstens dann zweckmässig,

wenn nach dem gültigen Zonenplan private Bauvorhaben befürchtet werden müssten, die zukünftige Entwicklungen im Interesse des Kantons blockieren könnten. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben, da die Eigentümer bezüglich ihrer Entwicklungsabsichten mit dem Kanton im Gespräch sind und der Kanton somit seine Interessen zu einem frühen Zeitpunkt einbringen kann.

Der Regierungsrat weiss selbstverständlich, dass BASF ihren Standort im Klybeck aufgeben und Novartis ihre Produktion auf bestimmte Arealteile im Klybeck konzentrieren werden. Eine allfällige Arealtransformation ist in jedem Fall nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton möglich und die entsprechenden Planungsmassnahmen setzen die Genehmigung durch den Regierungsrat und den Grossen Rat voraus. Im Rahmen der öffentlichen Planaufgabe für eine mögliche Zonenänderung oder einen Bebauungsplan wird zur gegebenen Zeit die entsprechende Planungszone erlassen.

Aus den genannten Gründen ist aus Sicht des Regierungsrates das Legen einer Planungszone zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend „Planungszone auf dem BASF-Areal“ stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin